

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Umwelt- und Agrarausschuss

16. WP - 19. Sitzung

am Mittwoch, dem 30. August 2006, 14 Uhr
im Sitzungszimmer 139 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Klaus Klinckhamer (CDU)

Jürgen Feddersen (CDU)

Hartmut Hamerich (CDU)

Dr. Henning Höppner (SPD)

Konrad Nabel (SPD)

Sandra Redmann (SPD)

Ulrike Rodust (SPD)

Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Günther Hildebrand (FDP)

Vorsitzender

i. V. von Axel Bernstein

Weitere Abgeordnete

Lars Harms (SSW)

Fehlende Abgeordnete

Claus Ehlers (CDU)

Herlich Marie Todsen-Reese (CDU)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Parlamentsforum Südliche Ostsee	5
Mündlicher Bericht des Landtagspräsidenten	
2. Weiterentwicklung der EU-Programme für ländliche Räume, Umwelt und Landwirtschaft	6
Bericht der Landesregierung Drucksache 16/826	
3. Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) Rahmenplan für das Haushaltsjahr 2006	7
Bericht der Landesregierung Drucksache 16/832	
4. Zukunft des Wirtschaftsraumes Brunsbüttel	8
Bericht der Landesregierung Drucksache 16/640	
5. Abfallbehandlungskapazitäten in Schleswig-Holstein und Hamburg	9
a) Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/729 Nr. 2	
b) Mündlicher Bericht der Landesregierung	
6. Bürokratie abbauen - Sportboothafenverordnung überarbeiten	11
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/873	

- | | | |
|------------|--|-----------|
| 7. | Auswirkung des Aufstallungsgebotes auf die Geflügelwirtschaft in Schleswig-Holstein | 13 |
| | Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/831 | |
| 8. | Lebensmittelkontrollen in Schleswig-Holstein | 15 |
| | Mündlicher Bericht der Landesregierung | |
| 9. | Grüne Woche 2007 | 16 |
| 10. | Erhalt des Landeswaldes | 17 |
| | Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 16/649 | |
| 11. | Verschiedenes | 18 |

Der Vorsitzende, Abg. Klinckhamer, eröffnet die Sitzung um 14:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erweitert der Ausschuss diese um den Antrag der Fraktion der CDU zum Erhalt des Landeswaldes, Drucksache 16/649. Die insoweit geänderte Tagesordnung wird gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Parlamentsforum Südliche Ostsee

Mündlicher Bericht des Landtagspräsidenten

(überwiesen am 28. Juni 2006 an den **Europaausschuss**, den Bildungsausschuss, den Wirtschaftsausschuss und den Umwelt- und Agrarausschuss)

Der Ausschuss empfiehlt dem federführenden Europaausschuss, den mündlichen Bericht des Landtagspräsidenten, erstattet am 28. Juni 2006 im Plenum, zur Kenntnis zu nehmen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Weiterentwicklung der EU-Programme für ländliche Räume, Umwelt und Landwirtschaft

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/826

(überwiesen am 30. Juni 2006 an den Umwelt- und Agrarausschuss und den Europaausschuss zur abschließenden Beratung)

Abg. Harms erkundigt sich nach der künftigen Finanzierung in den Bereichen Küstenschutz und Dorfentwicklung.

Abg. Hildebrand bezieht sich auf die schriftlich gegebenen Antworten auf Fragen von Abg. Hentschel, Umdruck 16/1112. Danach sollte eine Kabinettsentscheidung hinsichtlich des Zukunftsprogrammes für den ländlichen Raum getroffen worden sein. Er bittet um entsprechende Berichterstattung.

M Dr. von Boetticher legt dar, dass die Beratung im Kabinett verschoben worden sei. Dessen ungeachtet könne er aber bereits einige Eckpunkte nennen. Wie bekannt sei, verblieben in Schleswig-Holstein mehr Mittel als ursprünglich angenommen. Deshalb könnten die bisher eingestellten Mittel aufgestockt werden. So sollten zusätzliche Mittel auch in die Bereiche Küstenschutz und ländliche Entwicklung gehen. In diesem Zusammenhang geht er kurz auf die AktivRegionen ein, die künftig selbst Prioritäten setzen sollten. Diese Bereiche hätten - so schildert er auf eine Zusatzfrage des Abg. Harms - eine Größenordnung von zwischen 50.000 und 100.000 Einwohnern und müssten zusammenhängende Räume sein. Sie könnten auch kreisübergreifend gebildet werden. Sie erhielten eine finanzielle Grundausstattung. Die Priorisierung erfolge innerhalb der Regionen. Das Ministerium habe nur noch eine lenkende Funktion. Ziel sei - so auf eine weitere ergänzende Frage des Abg. Hildebrand -, dass in Schleswig-Holstein 13 bis 15 AktivRegionen gebildet würden. So könnte ELER im ländlichen Raum flächendeckend umgesetzt werden.

M Dr. von Boetticher sagt zu, die Frage des Abg. Feddersen schriftlich zu beantworten, ob die Auszubildenden im Bereich des Küstenschutzes - gegebenenfalls zeitlich befristet - übernommen würden.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK)
Rahmenplan für das Haushaltsjahr 2006**

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/832

(überwiesen am 29. Juni 2006 an den **Umwelt- und Agrarausschuss** und den
Finanzausschuss zur abschließenden Beratung)

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“, Rahmenplan für das Haushaltsjahr 2006, abschließend zur Kenntnis.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Zukunft des Wirtschaftsraumes Brunsbüttel

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/640

(überwiesen am 23. März 2006 an den **Wirtschaftsausschuss** und den Umwelt- und Agrarausschuss zur abschließenden Beratung)

Abg. Hildebrand äußert die Befürchtung, dass durch die Ausweisung die Wirtschaftsentwicklung im Raum Brunsbüttel gehemmt oder unmöglich gemacht werde. Er stellt gleichzeitig fest, dass die entsprechenden Entscheidungen getroffen worden seien.

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung abschließend zur Kenntnis.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Abfallbehandlungskapazitäten in Schleswig-Holstein und Hamburg

- a) Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/729 Nr. 2

(überwiesen am 4. Mai 2006 an den **Umwelt- und Agrarausschuss**
und den Wirtschaftsausschuss)

- b) Mündlicher Bericht der Landesregierung

(überwiesen am 4. Mai 2006 an den Umwelt- und Agrarausschuss
zur abschließenden Beratung)

Auf eine Frage des Abg. Hildebrand macht M Dr. von Boetticher deutlich, dass der Landesregierung nicht mehr Informationen vorlägen, als öffentlich bekannt seien. Es gebe insgesamt noch zu wenig Kapazitäten. Aus Hamburg, so entnehme er der Presse, kämen unterschiedliche Informationen.

Abg. Matthiessen regt an, mit den Betroffenen und gegebenenfalls gemeinsam mit Hamburg einen Müllgipfel zu veranstalten. Herr Meyer legt dar, dass ein reger Austausch mit der korrespondierenden Behörde in Hamburg stattfinde. Sein Eindruck sei, dass über die jeweiligen Planungen in Hamburg gute Informationen bestünden. Zunächst aber müssten Beantragungen erfolgen. In Schleswig-Holstein liege noch nicht ein Antrag auf Erweiterung oder Neubau einer Müllverbrennungsanlage vor.

Vor kurzem seien zwei Müllgipfel durchgeführt worden. Dort sei von den Betreibern mitgeteilt worden, dass nur die Anlagen gebaut würden, für die mit einer Auslastung gerechnet werden könne beziehungsweise für die entsprechende Verträge abgeschlossen werden könnten.

Über Erkenntnisse von Energiebilanzen im Bereich Müll gefragt, macht Herr Meyer deutlich, die Tendenz gehe dahin, dass sich der Transport nicht sehr bemerkbar mache.

Der Ausschuss schließt sich sodann dem Votum des beteiligten Wirtschaftsausschusses an und empfiehlt dem Landtag mit Stimmen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimme von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Antrag Drucksache 16/729 Nr. 2 abzulehnen.

Der mündliche Bericht der Landesregierung, erstattet am 4. Mai 2006 im Landtag, wird abschließend zur Kenntnis genommen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Bürokratie abbauen - Sportboothafenverordnung überarbeiten

Antrag der Fraktion der FDP

Drucksache 16/873

(überwiesen am 30. Juni 2006 an den **Innen- und Rechtsausschuss**, den Wirtschaftsausschuss und den Umwelt- und Agrarausschuss)

Abg. Nabel berichtet, der ebenfalls beteiligte Wirtschaftsausschuss habe beschlossen, eine Umfrage durchzuführen. Er schlägt vor, das Ergebnis dieser abzuwarten und die Beratung des Antrags zurückzustellen.

Abg. Hildebrand bezieht sich auf die Plenardebatte und auf die dort gemachten unterschiedlichen rechtlichen Auslegungen seines Fraktionsvorsitzenden und des Ministers. Er bittet um Stellungnahme dazu.

M Dr. von Boetticher vermutet, dass Abg. Kubicki zu diesem Zeitpunkt die mit Gründen versehene Stellungnahme der EU-Kommission zur Umsetzung der EU-Sportbootverordnung in der Bundesrepublik nicht bekannt gewesen sei. Darin werde nämlich die mangelhafte Umsetzung der Verordnung gerügt.

Bezüglich der Umsetzung dieser EU-Verordnung habe Schleswig-Holstein keinen Spielraum. In der Stellungnahme der EU-Kommission werde beispielsweise das Fehlen von 31 Anlagen in Schleswig-Holstein gerügt. Bezüglich des Brandschutzes bestehe allerdings durchaus Spielraum.

Abg. Matthiessen plädiert dafür, dass sich M Dr. von Boetticher dafür einsetzt, dass eine Müllentsorgung für kleine Boote nicht unbedingt erforderlich ist. Diese Vorschrift hält er für mit der Praxis nicht vereinbar. Außerdem hält er die Regelungen zum Brandschutz für zu restriktiv.

Abg. Feddersen macht deutlich, dass auch seine Fraktion eine Lockerung der Regelungen im Bereich des Brandschutzes favorisiere.

M Dr. von Boetticher macht erneut klar, dass bezüglich der Müllentsorgung ein Handlungsspielraum nicht gegeben sei, und wiederholt, das sei im Bereich des Brandschutzes anders. Hier signalisiere er Bereitschaft zu Änderungen.

Der Ausschuss stellt sodann die Beratung bis zur Vorlage des Umfrageergebnisses des Wirtschaftsausschusses zurück.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Auswirkung des Aufstallungsgebotes auf die Geflügelwirtschaft in Schleswig-Holstein

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/831

(überwiesen am 28. Juni 2006 an den Umwelt- und Agrarausschuss)

Abg. Hildebrand fragt nach den aktuellen Überlegungen hinsichtlich einer Aufstellungspflicht. M Dr. von Boetticher weist darauf hin, dass es sich um die Umsetzung von Bundesverordnungen handele. Einschätzung sei derzeit, dass das Virus latent in einer in Schleswig-Holstein heimischen Art verbreitet sei. Die Überlebensdauer des Virus sei im Sommer sehr viel geringer als im Winter, betrage nämlich nur einige Stunden gegenüber bis zu 20 Tagen.

Herr Heilemann ergänzt, die Verordnung sei bis Februar 2007 befristet. Dies sei insbesondere deshalb geschehen, um schnell reagieren und neue diagnostische Verfahren schnell einsetzen zu können und um die ohnehin gering ausgefallenen Flächensperren weiter zurückfahren zu können. Ein Weg könne beispielsweise die Aufstallung von empfindlichen Tieren sein.

Abg. Matthiessen fragt nach der weiteren Entwicklung im Bereich Impfung und nach möglichen Entschädigungen.

Herr Heilemann berichtet, den Niederlanden und Frankreich sei die Möglichkeit einer Impfung zugestanden worden für nicht im Kern gewerklich gehaltenes Geflügel. Für die Niederlande sei diese Genehmigung verlängert worden. Allerdings sei die Anzahl der Impfungen weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Das hänge möglicherweise damit zusammen, dass jedes Tier einzeln geimpft werden müsse.

Eine Option, zu erkennen, ob ein Tier mit Impfstoff oder mit dem Feldvirus in Kontakt gekommen sei, werde voraussichtlich erst in vier bis fünf Jahren zur Verfügung stehen.

Durch die derzeit ausgewiesene Gebietskulisse sei nur ein sehr kleiner Teil des Landes betroffen. Betroffen sei beispielsweise die Deichgänsehaltung. - Abg. Matthiessen bittet um weitere schriftliche Information zu diesem Thema. - Herr Meyer sagt dies zu.

Zum Thema Entschädigungen könne er derzeit keine dezidierte Auskunft geben.

Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag einstimmig, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Lebensmittelkontrollen in Schleswig-Holstein

Mündlicher Bericht der Landesregierung

(überwiesen am 30. Juni 2006 an den Umwelt- und Agrarausschuss zur abschließenden Beratung)

Der Ausschuss nimmt den mündlichen Bericht der Landesregierung, erstattet am 30. Juni 2006 im Landtag, abschließend zur Kenntnis.

Punkt 9 der Tagesordnung:

Grüne Woche 2007

- Verfahrensfragen; hier: Entscheidung über Ausschussreise -

Der Ausschuss beschließt, eine Ausschussreise zur Grünen Woche 2007 - ohne Begleitung - durchzuführen. Als Zeitrahmen legt er Sonntag, den 21. Januar, morgens, bis Montag, den 22 Januar, mittags, fest.

Punkt 10 der Tagesordnung:

Erhalt des Landeswaldes

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 16/649

Abg. Hildebrand bezieht sich auf die aktuellen Presseberichterstattungen über Meinungsbildungen in den einzelnen Fraktionen und hält den Antrag in der Sache für abstimmungsreif.

Die Vertreter der Regierungsfractionen dagegen verweisen auf das derzeit laufende Interessenbekundungsverfahren und auf den Beschluss des Ausschusses, die Beratung des Antrages zurückzustellen. - Der Ausschuss hält diesen Beschluss aufrecht und beschließt mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimmen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Beratungen nach Abschluss des Interessenbekundungsverfahrens wieder aufzugreifen.

Zu Punkt 11, **Verschiedenes**, liegt nichts vor.

Der Vorsitzende, Abg. Klinckhamer, schließt die Sitzung um 15:05 Uhr.

gez. Klaus Klinckhamer
Vorsitzender

gez. Petra Tschanter
Geschäfts- und Protokollführerin